13. MAI. 2011 124

SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

beamtenbund und tarifunion Sachsen
Landesvorsitzender
Herr Günter Steinbrecht
Theresienstr. 15

01067 Dresden

SPD-Fraktion im
Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351 4935-700
Telefax 0351 4935-452
www.spd-fraktion-sachsen.de

Martin Dulig
Fraktionsvorsitzender

Sekretariat
Martina Schidlek
Tel.: 0351 / 4935-702
Fax: 0351 / 4935-450
Martina.Schidlek@slt.sachsen.de

10. Mai 2011

Erhöhung des Wegstreckenentschädigung

Sehr geehrter Herr Steinbrecht,

im Namen aller Abgeordneten der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag bedanke ich mich herzlich für Ihr Schreiben vom 16. Februar 2011, in welchem Sie sehr überzeugend darlegen, aus welchen Gründen es dringend geboten ist, die Sätze der Wegstreckenentschädigung schnellstmöglich zu erhöhen.

Für die späte Antwort auf Ihr Schreiben bitte ich um Nachsicht, ist sie doch der Tatsache geschuldet, dass wir den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Übertragung der Tarifverhandlungsergebnisse auf die sächsischen Beamtinnen und Beamten abwarten wollten, um wenn möglich, einen Änderungsantrag zur Änderung des Sächsischen Reisekostengesetzes einzubringen, der Ihre zutreffende Forderung umsetzt.

Inzwischen hat sich leider herausgestellt, dass es sich bei dem Gesetzentwurf nicht um ein Mantelgesetz zur Änderung mehrerer Gesetze handelt, sondern nur das Sächsische Besoldungsgesetz angepasst wird. Insofern ist es aus rechtstechnischen Gründen nicht möglich, Änderungsanträge zur Anpassung weiterer Gesetze einzureichen.

Nichtsdestotrotz sind wir mit Ihnen einer Meinung, dass eine Anpassung erfolgen muss. Es kann nicht sein, dass der Freistaat sich dauerhaft darauf verlässt, dass die im Außendienst tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst in Sachsen mangels zur Verfügung stehender Dienstwagen ihre eigenen privaten Pkw im dienstlichen Auftrag nutzen und dabei auf der Kostendifferenz sitzen bleiben, die sich aus den seit Jahren nicht angepassten Erstattungssätzen und der realen Kostenentwicklung ergibt.

Wobei man allerdings zugeben muss, dass dieses Verhalten in das erklärte Programm der von CDU und FDP gestellten Staatsregierung passt, welches die sächsischen Bediensteten primär als Kostenfaktor und Einsparquelle betrachtet, die es bestmöglich auszuschöpfen gilt.

Diese Einschätzung tritt immer wieder zu Tage, wie etwa bei der mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossenen Abschaffung der Sonderzahlung im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2011/2012 und den allgemeinen Stellenkürzungsplänen.

Und erst diese Woche hat das Bundesverwaltungsgericht die Praxis der Sächsischen Staatsregierung gerügt und für rechtswidrig befunden, Beamten, denen die Aufgaben eines unbesetzten höherwertigen Amtes vertretungsweise übertragen wurden, die Zulage mit dem Argument zu verweigern, dass die Übertragung auf Dauer und nicht nur kurzfristig angelegt wurde.
Durch dieses Urteil wird es für die Staatsregierung künftig deutlich schwieriger werden, eine Beamtin oder einen Beamten zwar auf eine höhere Stelle setzen, aber das bisherige, niedrigere Gehalt weiterzuzahlen und so Geld zu sparen. Dies begrüßen wir als SPD-Fraktion außerordentlich, da es dem Gedanken eines zukunftsfähigen und leistungsfähigen Öffentlichen Dienstes widerspricht, den Bediensteten zwar anspruchsvollere und mit mehr Verantwortung ausgestattete Tätigkeiten zuzuweisen, diese Mehrleistung dann aber finanziell nicht zu honorieren.

Meine Fraktion und ich werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Beschäftigten im sächsischen Öffentlichen Dienst so entlohnt werden, dass sie nach Dienstrang, Bedeutung und Verantwortung ihrer Tätigkeit, sowie entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse entlohnt werden und so einen angemessenen Lebensstandard für sich und ihre Familien garantieren können. Dazu gehört es unserer Meinung auch, die Wegstreckenentschädigung entsprechend anzuheben.

Für weitergehende Gespräche zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung – aber auch zu anderen für Sie relevanten Themen – stehen meine Fraktion und ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Bis dahin verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Martin Dulig
Fraktionsvorsitzender